



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 26. Oktober 2012 (30.10)
(OR. en)**

**Interinstitutionelles Dossier:
2010/0353 (COD)**

**15264/12
ADD 1 REV 1**

**CODEC 2452
AGRI 693
AGRIORG 171
AGRILEG 149
OC 578**

ADDENDUM ZUM I/A-PUNKT-VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für den SAL/RAT

Nr. Komm.dok.: 17672/10 AGRI 543 CODEC 1492

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über
Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse (**erste Lesung**)
- Annahme des Gesetzgebungsakts (**GA + E**)
= Erklärungen

GEMEINSAME LEITLINIEN

Konsultationsfrist für Kroatien: 5.11.2012

Erklärung des Rates

Der Rat hat zur Kenntnis genommen, dass das Europäische Parlament der Ausweitung des Steuerungssystems für die Erzeugung von g.U.- und g.g.A.-Käse auf andere g.U.- und g.g.A.-Erzeugnisse große Bedeutung beimisst.

Der Rat sagt zu, dass er die Frage der Steuerung des Angebots von g.U.- und g.g.A.-Erzeugnissen im Rahmen der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag der Kommission zur Reform der GAP in Bezug auf die einheitliche GMO, der Instrumente zur Angebotsregulierung auf den Agrarmärkten vorsieht, erörtern wird.

Erklärung der deutschen Delegation

Deutschland befürwortet und unterstützt den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse. Dabei werden grundsätzlich auch die Regelungen zur Einführung einer Kennzeichnung „**Bergerzeugnis**“ begrüßt.

In Deutschland findet eine Verarbeitung von Bergerzeugnissen in der Regel außerhalb der definierten Berggebiete statt. Grund dafür ist die bessere Lage an den Verkehrswegen in den betreffenden Regionen. Dies erlaubt es den verarbeitenden Unternehmen, die Produkte mehrerer Berglandwirte zu verarbeiten. Dadurch entstehen Kostenvorteile für die verarbeitenden Betriebe, die im Sinne einer Förderung der Erzeugung von Qualitätsprodukten in Berggebieten die Auszahlung höherer Erzeugerpreise an die Berglandwirte ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund unterstreicht Deutschland die in Artikel 31 Absatz 3 der Verordnung vorgesehen Ermächtigung der Europäischen Kommission, im Rahmen eines delegierten Rechtsakts in hinreichend begründeten Fällen und um den natürlichen Beschränkungen Rechnung zu tragen Ausnahmen zu erlassen, dass die Verarbeitung der Produkte im Berggebiet stattfinden muss.

Deutschland bittet die Europäische Kommission, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen.
